



**KOMMENTAR**

# Es gibt viel zu tun – packen wir es an!

Von Steffen Ludwar, Vorsitzender Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei

**Seit drei Monaten bin ich nun Vorsitzender der Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei. Dass diese Aufgabe nicht einfach wird, war mir von Anfang an klar. Die Verantwortung für über 3.200 GdP-Mitglieder in der Bereitschaftspolizei, die unterschiedlichen Aufgaben und die Verteilung der Abteilungen über das ganze Bundesgebiet bieten einige Herausforderungen.**

Trotz allem sind wir auf einem guten Weg. Die Bundespolizei wächst. Bis 2021 um 12.500 Stellen und, wie vor Kurzem in der Zeitung stand, dann angeblich bis 2025 um weitere 11.300 Stellen. Der Aufwuchs ist aber auch dringend erforderlich. In unseren Hundertschaften fahren seit einigen Jahren immer die gleichen Beamtinnen und Beamten Woche für Woche jeden Einsatz und haben maximal ein Wochenende im Monat frei. Und das macht auf Dauer krank.

Meine Hochachtung gilt all denjenigen, die diese Situation schon so lange aushalten!

## Was muss sich ändern?

- Wir brauchen gut ausgebildete Verstärkung!
- Wir müssen die Baumaßnahmen in der gesamten Bundespolizei beschleunigen. Selbst wenn alles gut läuft, brauchen wir in Deutschland fünf bis sieben Jahre, um ein Bauprojekt von der Größe einer Hundertschaft zu bauen. Und wir sollen in der Bundesbereitschaftspolizei mindestens sieben zusätzliche Hundertschaften bekommen.
- Die Attraktivität im Tarif- und Verwaltungsbereich muss gesteigert werden!

- In der Bundesbereitschaftspolizei müssen die Aufstiegsmöglichkeiten verbessert und familienfreundlicher gestaltet werden. Das haben wir bereits bei unserer Direktion thematisiert und eingefordert.
- Eine Mehrung der Dienstposten im gehobenen Dienst wäre unter anderem durch die Truppgliederung in allen Einsatzeinheiten ein erster Schritt zur Steigerung der Attraktivität der Direktion BP. Wir wollen genauso gut bewertet werden wie der Einzeldienst.

Ich weiß, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus der Bereitschaftspolizei jetzt schmunzeln, wenn sie das lesen. Aber auch wir benötigen eine familienfreundliche und vor allem planbare Arbeitszeitgestaltung.

- Keine Aufgabenmehrung! Wir haben schon jetzt zu wenig Personal, um alle Aufgaben zu erfüllen. Wir können bei Weitem nicht alle Anforderungen der Länder und der regionalen Direktionen für Einsätze bedienen. Auch die aktuelle Situation mit den Rückführungen aus AnKERzentren würde uns zusätzlich belasten. Ja, wir sind die Feuerwehr der Bundespolizei! Bitte denkt auch an uns, irgendwann ist keiner mehr da.
- Verbesserung der Bekleidung: Dies ist mir ein persönliches Anliegen, da es sich hierbei auch um meinen Themenbereich im Bezirkspersonalrat handelt. Besonders die Forderung nach Einführung von Winterstiefeln in der Bundespolizei gestaltet sich sehr schwierig. Sogar der Abteilungsleiter für Beschaffung ist der Meinung, dass die Kollegen sich ein zweites Paar Socken anziehen sollen, wenn sie an den Füßen frieren.



Foto: GdP

Dies können und werden wir nicht akzeptieren. Die Direktion BP unterstützt mittlerweile unsere Forderung. Dafür danke! Zur Nachahmung durch andere Direktionen unbedingt empfohlen.

- Mitteldistanzwaffe! Hier wird die MP5 nur in Teilen „optimiert“! Die GdP ist gegen diese „Optimierung“. Wir sehen dies als Ressourcenverschwendung (Geld und Arbeitszeit) an. Sinnvoller wäre die zeitnahe Einführung einer neuen leistungsfähigeren Waffe, wie dies auch von vielen Kolleginnen und Kollegen und Fachleuten gefordert wurde.

Als letzten Punkt möchte ich noch die Ausstattung für LebEL-Lagen ansprechen. Hier haben wir als GdP und auch mit dem Bezirkspersonalrat seit 2016 gefordert, Schutzausstattung, Trainingssysteme und auch Trainingsstätten zu schaffen und bestehende zu verbessern.

In diesem Sinne: Es gibt viel zu tun. Packen wir es an!



# GdP blickt kritisch auf Gesetzesvorhaben

Von Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

**Gesetzesvorhaben mit Bezug zur Bundespolizei werden von uns stets kritisch dahingehend abgeklopft, ob sie geeignet sind, durch mögliche Zusatzaufgaben den hohen Belastungsgrad und das Personalfehl noch weiter zu erhöhen.**

Seit April 2019 wird über den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht (Geordnete-Rückkehr-Gesetz) diskutiert. Wir begrüßen das Bestreben,

Hemmnisse in der Zusammenarbeit, bei den Verfahrensabläufen und im Informationsfluss im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Ausreisepflicht abzubauen. Der Wunsch nach der Beseitigung von Abschiebehindernissen darf jedoch nicht der personell Not leidenden Bundespolizei weitere Aufgaben überhelfen, für die von Verfassung wegen erstrangig die Länder zuständig sind. Die Bundespolizei ist keine Migrationsbehörde und soll dies auch nicht werden. Kritisch sieht die GdP daher die beabsichtigte Änderung des § 58 AufenthG. Danach soll die „die Abschiebung durchführende Behörde“ ermächtigt werden, „als Teil der Abschiebung den Ausländer zum Flughafen oder Grenzübergang zu verbringen und kurzfristig festzuhalten“. Im Kern geht es also um die Abholung aus einer Unterkunft im Inland und Verbringung an eine Grenzübergangsstelle. Damit soll eine Klarstellung erfolgen, dass der Transport des Ausländers zum Flughafen oder Grenzübergang keine Freiheitsentziehung sei. Tatsächlich hingegen scheint die beabsichtigte Schaffung des Abs. 4 auf eine verkappte Aufgabenerweiterung der Bundespolizei zu zielen. Das wird daran deutlich, dass nicht die für die Abschiebung „zuständige“ Behörde, sondern die die Abschiebung „durchführende“ Behörde genannt wird. Zuständig für die Abschiebung sind aus Verfassungsgründen die Länder. Durchführend indes ist (auch) die Bundespolizei. Aus Sicht der GdP stellt dies jedoch ein Überschreiten des räumlichen Zuständigkeitsbereichs der Bundespolizei als Grenzbehörde in das Inland und eine verfassungsrechtlich unzulässige Kompetenzerweiterung der Bundespolizei dar, weil der Bundespolizei in unzulässiger Weise Zuständigkeiten an jedem Ort im Inland zugewiesen werden sollen – von der folgenden Mehrbelastung durch Personalzug für diese Aufgabe ganz zu schweigen. Jede Form von „Obhutnahme“ des abzuschiebenden Ausländers außerhalb des eng gefassten grenzpolizeilichen Zuständigkeitsbereichs der Bundespolizei unterfällt zudem von Verfassung wegen der Verwaltungskompetenz der Länder.

Auch die beabsichtigte Neufassung des § 62b AufenthG, wonach als eine Art neue „Verwaltungshaft“ ein der



Foto: GdP

Abschiebehaft folgendes bis zu zehntägiges „Ausreisegewahrsam“ an einem Flughafen oder einer Grenzübergangsstelle eingeführt werden soll, wird von der GdP sehr kritisch gesehen. Das schafft rechtliche und praktische Probleme, wenn an den Flughäfen Gewahrsamsplätze geschaffen und betrieben werden sollen. Aber von wem? Ein Überhelfen des Ausreisegewahrsams auf die Bundespolizei ist – seit dem „Flughafenasyl“-Urteil geklärt – u. E. verfassungsrechtlich unzulässig, weil es sich um eine ausschließliche Kompetenz der Länder handelt. Die Bundespolizei wie auch die Landespolizei haben zudem keinerlei Personal für die Betreuung von Ausreisegewahrsam und auch keine Qualifikation dafür; es handelt sich um eine Aufgabe des Justizvollzuges und nicht der Polizei. Auch der Versuch, mit einer Änderung des § 71 Abs. 3 Nr. 1d AuthG eine eigene Zuständigkeit der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden für Rückführungen in andere Staaten neben den bestehenden Zuständigkeiten der Länder zu begründen, wird aus Verfassungsgründen von der GdP abgelehnt. Aus kriminalpräventiven Gründen sieht die GdP auch alle Vorhaben, Leistungen für Asylbewerber unter bestimmten Umständen noch weit unter das Existenzminimum zu kürzen oder zu versagen, als verfassungsrechtlich unzulässig und gesellschaftlich kontraproduktiv an, weil damit womöglich Eigentumsdelikten, Schwarzarbeit und Prostitution Vorschub geleistet wird.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Saskia Galante  
Tel.: 0211 7104-514  
E-Mail: [galante@gdp-bundespolizei.de](mailto:galante@gdp-bundespolizei.de)

Die Redaktion behält sich vor,  
LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich  
gekennzeichnete Artikel stellen nicht in  
jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.  
Nachdruck und Verwertung, ganz oder  
teilweise – auch in elektronischen Medien –  
nur mit ausdrücklicher Genehmigung der  
Redaktion.  
Dies gilt auch für die Aufnahme in  
elektronische Datenbanken und Mailboxes  
sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZIELITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



# Impressionen des Festaktes

**Im Mai dieses Jahres besteht der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit 25 Jahren. Heute organisiert er fast 26.000 Mitglieder aus Bundespolizei und Zoll und ist damit der zweitstärkste Bezirk in der Gewerkschaft der Polizei. Dieses Jubiläum wurde in einem Festakt am 28. Mai 2019 in Potsdam gewürdigt.**

Vor rund 150 Gästen und Weggefährten aus dem gewerkschaftlichen wie politischen Umfeld blickte Jörg Radek als Vorsitzender der GdP für die Bundespolizei auf das vergangene Vierteljahrhundert zurück.

Fast alles, was heute selbstverständlich erscheint, geht auf eine Initiative oder Idee der Gewerkschaft der Polizei zurück. Selbstverwaltet und selbstbewusst vertritt der Bezirk die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Behörden, dem Parlament und der Politik. Und so ließ es sich Ex-Innenminister Otto Schily nicht nehmen, im Rahmen des Festaktes in einem Grußwort an die Jahre seiner Amtszeit von 1998 bis 2005 zu erinnern. Und er resümierte: „Wie ich den Medien entnehme, vergeben Bundesministerien verstärkt ziemlich kostspielige Beratungsverträge nach außen. Das mag in dem einen oder anderen Fall berechtigt und sinnvoll sein. Nach meiner Erfahrung ist hinsichtlich der Probleme und Fragen, die sich für die Polizeiarbeit ergeben, die beste Beratung – die sogar kostenlos ist – der kritische Dialog mit der Gewerkschaft der Polizei.“

**GdP-Bezirk Bundespolizei**



Alle Fotos: GdP-Bezirk Bundespolizei



**ZENTRALE ARBEITSTAGUNG DER JUNGEN GRUPPE****„Gestalten statt verwalten“**

**Unter diesem Motto trafen sich junge Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und des Zolls zur Zentralen Arbeitstagung (ZAT) der Jungen Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei, um sich über die Zukunft ihrer Behörden auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Im Fokus standen die Themenbereiche Aus- und Fortbildung, Fragen der Ausstattung im Einsatz sowie die Attraktivität der Bundespolizei/Zoll als Arbeitgeber.**

Unter anderem fordert man eine moderne Aus- und Fortbildung, die die Attraktivität als Arbeitgeber steigert, aber auch berufliche Entwicklungschancen bietet. Insbesondere für Tarifbeschäftigte müssen schnellstmöglich Fortbildungsangebote geschaffen werden, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht an andere öffentliche Bedarfsträger zu verlieren.

Um die Botschaften an die politischen Entscheidungsträger zu adressieren, lud



Fotos: Sarah Stutzke

man Vertreter der Bundestagsfraktionen zu einer FishBowl-Diskussion. Unter Moderation von Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, diskutierten Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Brand (CDU), Benjamin Strasser (FDP) sowie Uli Grötsch (SPD) über die Zukunft der Bundespolizei und des Zolls. Dabei konnte neben Arbeitszeithemen und der Ausbildungsorganisation auch das aktuelle Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz diskutiert werden. Junge Gruppe-Vorsitzender Martin Meisen nannte hierbei erneut die Kernforderung eines Kaufkraftausgleiches für Hochpreisregionen. Er forderte die politischen Vertreter auf: „Neben der Wohnungsfürsorge muss die Politik auch einen Plan B haben, um gerade junge Kolleginnen und Kollegen in Hochpreisregionen zu entlasten.“ Man verständlich-

te sich mit den Regierungsvertretern von CDU und SPD auf ein zeitnahes Gespräch zu dieser Thematik.

Auch Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, ließ es sich nicht nehmen, ein Grußwort an die jungen Gewerkschafter zu richten. Radek rückte in den Fokus, wie wichtig es ist, dass sich junge Menschen in der Gewerkschaft der Polizei für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Er betonte: „Wenn wir es nämlich nicht tun, tut es auch kein anderer!“

Die ZAT wurde mit vielen Ideen und Impulsen beendet, mit denen sich der Bezirksjugendvorstand in seiner nächsten Sitzung befassen wird. Für den Spätherbst ist eine Publikation der Jungen Gruppe geplant, in der die Forderungen klar formuliert werden.

**Martin Meisen,**  
Vorsitzender der Jungen Gruppe

## Neues aus dem Urlaubsrecht

Der Erholungsurlaub hat den Zweck der Entspannung und, wie der Name bereits sagt, der Erholung. Doch was ist, wenn der Urlaub nicht genommen werden kann? Der EuGH hat bereits 2016 entschieden, dass der europäische Mindesturlaub, der wegen einer Dienstunfähigkeit vor dem Eintritt in den Ruhestand nicht mehr genommen werden kann, auszuzahlen ist. Der europäische Mindesturlaub beträgt jedoch nur 20 Tage im Jahr. Dies bedeutet, dass, wenn man in den vergangenen 18 Monaten im Jahr keine 20 Tage Erholungsurlaub in Anspruch genommen hat, dieser auszuzahlen ist. Seit Rechtskraft des Urteils und der Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht hat es bei

der Umsetzung dieser Regelung in den Fällen der Dienstunfähigkeit vor Eintritt in den Ruhestand keine Auffälligkeiten gegeben. Ungeklärt blieben aber Fragen der Urlaubsabgeltung beim Tod des Arbeitnehmers/Beamten während aktiven Beamtenverhältnisses und der Frage, inwieweit der Dienstherr dafür zu sorgen hat, dass der Urlaub auch tatsächlich genommen wird, um nicht zu verfallen. Der EuGH hat nunmehr entschieden, dass der Anspruch auf finanziellen Ausgleich des nicht genommenen Mindesturlaubs des verstorbenen Arbeitnehmers bzw. Beamten auf die Erben übergeht, auch wenn § 1922 BGB als nationale Regel dem entgegensteht. In einer anderen Entscheidung hat der EuGH darauf hingewiesen, dass der Ar-

beitgeber verpflichtet ist, den Arbeitnehmer/Beamten darauf hinzuweisen, wann Urlaubstage verfallen. Grundsätzlich verfällt der Jahresurlaub nach § 7 Abs. 3 EUrlV spätestens Ende März des darauffolgenden Jahres. Es ist daher unionswidrig, dass der Arbeitnehmer seinen Urlaubsanspruch verliert, bloß weil er keinen Urlaubsantrag eingereicht hat. Der Arbeitgeber/Dienstherr muss nachweisen, dass er seinen Mitarbeiter angemessen aufgeklärt und in die Lage versetzt hat, den Urlaub zu nehmen. Das BMI hat mit seinem Rundschreiben vom 20. 11. 2018 Az.: D5-202020/#48, auf das Intranet oder Hausmitteilungen verwiesen. **Simone Krummen, Justiziarin des GdP-Bezirks Bundespolizei**



SPENDENAKTION DES 74. STUDIENJAHRGANGS

# Hoher monetärer Wert mit Symbolkraft

**Bevor der 74. Studienjahrgang am 26. April 2019 sein Hauptstudium I beendete, verabschiedete er sich mit einer außergewöhnlichen Aktion (vorerst) aus Lübeck.**

Die Studierenden übergaben der Bundespolizei-Stiftung einen Spendenscheck in Höhe von 3.600 Euro. Das Geld soll einer jungen Kollegin aus Oerlenbach zugute kommen.

Im März dieses Jahres hatten die Kolleginnen und Kollegen der 2. Lehrgruppe des OEB 18 I einen Spendenaufruf über die Bundespolizei-Stiftung zur Unterstützung ihrer Jahrgangskollegin gestartet, der wegen des plötzlichen Todesfalls ihres Vaters die Familienverantwortung zugefallen war. Zu diesem Zweck organisierten sie eine Spendenfeier in der alten Kantine DRL. Unterstützung bekamen sie dabei von der GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie. Durch ihre monetäre und werbliche Unterstützung wurde erst ein Event in dieser Größenordnung möglich.

Dank der zusätzlichen 250 Euro, die die DG Bundespolizeiakademie zur Verfügung stellte, kam am Ende die großartige Spendensumme von 3.600 Euro zusammen. Diese überreichten die Studierenden dann Rüdiger Maas, dem stellvertretenden Vorsitzenden



Foto: Michael Frauenkron

des GdP-Bezirks Bundespolizei und Vorstandsmitglied der Bundespolizei-Stiftung. Er war begeistert: „Dieser Beitrag hilft nicht nur durch den erheblichen monetären Wert, sondern auch mit seiner Symbolkraft. Wir freuen uns über diese tolle Maßnahme, zeigt sie doch, wie sozial eng verknüpft die jungen Kolleginnen und Kollegen des Lehrganges zueinander stehen.“

Auch der stellvertretende Fachbereichsleiter Michael Jäger äußerte sich

beeindruckt über die Maßnahme: „Als Ausdruck familiärer Kollegialität verdient diese enorme Spendensumme besonderen Respekt und rundet die erfolgreiche Veranstaltung des 74. Studienjahrgangs perfekt ab. Herzlichen Dank an die tolle Organisation, die Helfer und Ihre Spendenbereitschaft!“

Im September 2019 kehrt der 74. SJ zum HS II nach Lübeck zurück.

**Rüdiger Maas, stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei**

## KREISGRUPPE AACHEN

### Neuer Dienstverrichtungsraum

Ein neuer Dienstverrichtungsraum für die BPOLI Aachen wird im Heinsberger Raum eingerichtet. Das hat der Bundestagsabgeordnete Wilfried Oellers (CDU) in einer Pressemitteilung bekannt gegeben. Schon lange stehen die Vertreter der GdP in Aachen mit dem Bundestagsabgeordneten im engen Kontakt. Nun folgen nach den Forderungen endlich Ergebnisse aus dem zuständigen Ministerium. Bezirksvorstandsmitglied Arnd Kruppen und Michael Schaffrath, Vorsitzender der KG Aachen, hatten bereits mehrfach ihre Forderungen an die politischen Verantwortlichen herangetragen.

Mit der GdP-Initiative „Grenzpolizei für Europa in Freiheit mit Sicherheit“ wird verdeutlicht, wie sich mo-

derner Grenzschutz gestalten sollte. Die GdP hat eine klare Erwartungshaltung für die Grenzpolizei. Hieraus ergibt sich auch eine Infrastruktur innerhalb der BPOLI Aachen, die einen modernen Grenzschutz ermöglicht.

„Moderner Grenzschutz braucht keine Schlagbäume – moderner Grenzschutz muss professionell aufgestellt sein. Hierzu gehört eine Aufstockung des Personals in Aachen, damit flexibel gefahndet werden kann und die Kollegen endlich entlastet werden. Mit der Einrichtung eines Dienstverrichtungsraums in Heinsberg haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht“, sagt Michael Schaffrath.

**Michael Schaffrath, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Aachen**

## REITERSTAFFEL

### Tag der offenen Tür



Fotos: GdP



# Wissenstransfer und jede Menge Spaß

**Anfang Mai 2019 trafen sich auf Einladung des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) insgesamt acht Kolleginnen und Kollegen der Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main zu einer Schulung der Vertrauensleute (VL) im Landkreis Miltenberg.**

Mit dabei – an einem Nachmittag – im unterfränkischen Niedernberg: Andreas Roßkopf vom geschäftsführenden GdP-Bezirksvorstand. Dabei ging es vordergründig um unsere gesellschafts- und berufspolitische Verantwortung als Gewerkschaft, um die Interessen unserer Mitglieder auch zukünftig optimal vertreten zu können. Und dieses auch im Reflex zu den Herausforderungen unserer ganz speziellen Dienststelle und ihrer „Insellage“ als Unterbehörde innerhalb der Bundespolizei. Dabei wurde dazu reflektiert und diskutiert, welche kollektiven Einflussmöglichkeiten realisiert werden können, um Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen Platz greifen zu lassen und wo dabei unsere Kompetenzen aber auch an Grenzen stoßen.

Erfreulicherweise konnten wir diese Veranstaltung mit einer tollen Mischung aus älteren und jüngeren Beschäftigten durchführen, die über diese Veranstaltung einerseits erste Berührungspunkte zur Arbeit einer Vertrauensfrau/eines Vertrauensmanns sammeln konnten, aber auch bereits über mannigfaltige Erfahrungen verfügten.

Fragestellungen wie:

- Was erwartet die GdP von einer Vertrauensfrau/einem Vertrauensmann?
- Was erwartet eine Vertrauensfrau/ein Vertrauensmann von der GdP?
- Was erwarten die Mitglieder von unseren Vertrauensleuten?
- Was erwarte ich von mir in dieser Verantwortung?

wurden dezidiert in einem regen Austausch diskutiert.

Es wurden dabei Attribute wie die Folgenden umfassend beleuchtet: Eigeninitiative, Selbstständigkeit,



**Gute Stimmung – auch beim Kutscher – während der VL-Schulung unserer Frankfurter Kolleginnen und Kollegen.**

**Foto: Judith Hausknecht**

das Einbringen eigener Ideen, die aktive Beteiligung an Veranstaltungen und Seminaren der GdP, Aufgeschlossenheit den Belangen unserer Mitglieder gegenüber, die Loyalität zur Organisation und Gewerkschaft, die adressatengerechte Aufbereitung zur Weitergabe von Informationen, eine gesunde Selbsteinschätzung, eine ausreichende Portion Eigenmotivation, die Weitergabe von Hintergrundinformationen, vernetzende Aspekte zu dienstlichen Belangen, die Ansprechbarkeit zu privaten Angelegenheiten, die dienstlichen Bezug haben, Verbindlichkeit sowie Verlässlichkeit, um damit Gerüchten entgegenzutreten, das „Pro-Aktive-Zugehen“ auf die Beschäftigten, immer ein Feedback zu geben, Positionen sprechfähig darzustellen, Fortbildungs- und Gemeinschaftsveranstaltungen wahrzunehmen, um Netzwerke zu knüpfen, das einheitliche Auftreten, die Benennung von Ansprechpartnern, die Möglichkeit ein Mitspracherecht zu erhalten. Und der Reflex lag stets, wie bereits beschrieben, auf dem Bezug zum Rhein-Main-Flughafen. Denn für unseren Ballungsraum gibt es noch einiges zu tun: So gilt es für uns an der Thematik um einen Kaufkraftausgleich bei den politisch Verantwortlichen dranzubleiben. Andreas Roßkopf wird sich über seine gewerkschaftliche Funktion auch dieser Thematik im Besonderen verpflichten, denn er trägt für die GdP im Bereich der Direktionsgruppe Bayern

Verantwortung und kennt die Problemstellungen für den Großraum München gleichermaßen.

Aber auch der „Fun-Faktor“ kam nicht zu kurz. So nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch den Planwagen unseres ehemaligen GdP-Bezirksvorsitzenden und langjährigen Angehörigen unserer Flughafen-Dienststelle, Josef Scheuring, um Seminarinhalte bei einer Fahrt durch die Natur am Untermain zu erörtern. Josef Scheuring ließ es sich am zweiten Veranstaltungstag auch nicht nehmen, nochmals zu den Seminar-Teilnehmerinnen und -teilnehmern zu stoßen, um zu Entwicklungstendenzen der Bundespolizei Stellung zu beziehen und aus seinem reichhaltigen Erfahrungswissen einen Bogen in die Neuzeit zu schlagen. Und das in einem generationsübergreifenden offenen Austausch. Dabei richtete er sein Hauptaugenmerk auf den Selbstwert unserer Polizeibeschäftigten, zu dem sich jede Einzelne und jeder Einzelne individuell einbringen sollte, denn nichts ist umsonst. Genau diesen Aspekt realisiert die GdP in ihrer kollektiven Arbeit.

Resümee und Blitzlicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Rundum positiv, nicht zuletzt aufgrund der offenen und entspannten Atmosphäre. Und die Erkenntnis: Utopische Gedanken stellen sich bei näherer Betrachtung als gar nicht so utopisch heraus.

**Martin Schmitt, Vorsitzender der GdP-DG Flughafen Frankfurt am Main**



## EHRUNGEN

### KG Pirna

Die Kreisgruppe Pirna durfte dem Kollegen Helmut Richter von der BPOLI Dresden im Februar dieses Jahres zur 40-jährigen Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei gratulieren.

**Sven Förster, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Pirna**

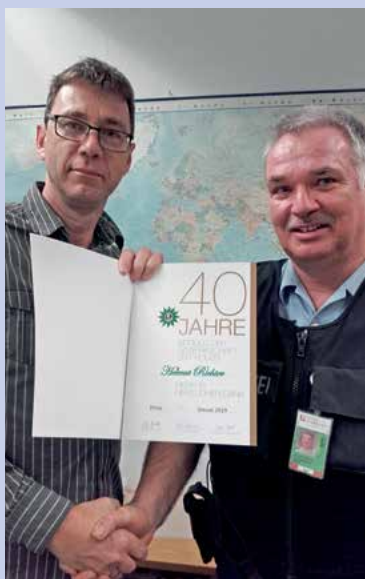


Foto: Sven Förster

### 60 Jahre in der Gewerkschaft



Foto: Dirk Steinert

Lange ist es her, dass der junge Günter Benedix bei seinem Dienstantritt bei der Deutschen Bundesbahn auch gleich in die Gewerkschaft eingetreten ist. Somit jährte sich seine Mitgliedschaft in der GdP nun bereits zum 60. Mal. Als Seniorenbetreuer der Kreisgruppe Bremen reiste Dirk Steinert mit einem Präsentkorb und der Ehrenurkunde zu einer kleinen

Feierstunde in das beschauliche Lauenburg. Bei Kaffee und Kuchen führten die beiden ein sehr gutes Gespräch. Der jung gebliebene Pensionär hob den hohen Stellenwert der Mitgliedschaft in einer großen Solidargemeinschaft quasi als Pflicht für alle Beamte und Arbeitnehmer hervor.

**Dirk Steinert für die GdP-Kreisgruppe Bremen**

### Zwei Ehrungen bei der KG Küste



Gleich zwei Ehrungen für die langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei wurden in der Kreisgruppe Küste gefeiert.

Im Rahmen eines persönlichen Besuches wurde der Kollege Harry Rüscher [1] durch den GdP-Dienstortverantwortlichen der BPOLI Neustadt, Michael Rödel, für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Rödel überreichte dem sichtbar erfreuten Jubilar die Urkunde und Ehrennadel sowie ein Präsent der Kreisgruppe Küste und gratulierte ihm nachträglich zum 82. Geburtstag.

Der Kollege Ulrich Saggau [2] wurde im kleinen Rahmen, ebenfalls durch Michael Rödel, für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Saggau, der erst vor Kurzem wieder aus einem Einsatz von Samos zurückgekehrt ist, versieht sonst seinen Dienst als Naut/Komm auf einem Einsatzschiff der Bundespolizei See.



Fotos: KG Küste

### KG Bad Düben

Die Kreisgruppe Bad Düben ehrte in einer kleinen Feierstunde gleich mehrere Jubilare [1]. Von ihnen am längsten dabei ist Roswitha Schulze, die von der KG-Vorsitzenden Katrin Rudolph und dem Bezirksvorsitzenden Jörg Radek für 50 Jahre in der GdP geehrt wurde [2].



Fotos: Sven Lux



**SENIOREN GRUPPEN****Erste Veranstaltung der Senioren des neuen Verbunds**

Seit dem vergangenen Jahr haben sich die DG Frankfurt Flughafen, alle Kreisgruppen der DG Koblenz sowie die Kreisgruppen Hünfeld und Präsidium Koblenz unter der Federführung von Reinhold Schuch zu einem Verbund in der Seniorenbetreuung zum Verbund Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland zusammengeschlossen.

Die erste Veranstaltung fand nun Mitte Mai im ehemaligen Bundesgrenzschutzstandort Bad Hersfeld statt. Nach einer Informationsstunde, in der aktuelle Themen angesprochen, aber auch Fragen beantwortet wurden, schloss sich ein gemeinsames Mittagessen an. Im Anschluss wurden die 22 Teilnehmer vom Bezirksseniorenvorsitzenden Peter Schütrumpf durch seine Heimatkreisstadt geführt. Er gab Einblicke in die Geschichte der Stadt, stellte berühmte Bewohner vor und zeigte die historischen Bauten, dabei gab er einige Geschichten sowohl aus der Vergangenheit als auch der Gegenwart zum Besten. Während nach der Stadtführung etwa die Hälfte



**Bezirksseniorenvorsitzender Peter Schütrumpf führte die Teilnehmer durch den ehemaligen Bundesgrenzschutzstandort Bad Hersfeld.**

**Foto: Reinhold Schuch**

der Teilnehmer die Heimreise antrat, blieben die anderen noch sitzen, um bei einer Tasse Kaffee über gemeinsam erlebte Zeiten zu sprechen.

Zwei weitere Veranstaltungen des Verbundes werden sich in diesem Jahr noch anschließen. Zum einen eine Planwagenfahrt mit dem ehemaligen Bezirksvorsitzenden Josef Scheuring durch den Spessart, zum anderen eine Infoveranstaltung in Saarbrücken mit anschließender Stadtführung.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Die Direktionsgruppe Koblenz stellt ab sofort auf ihrer Homepage [www.gdpbundespolizei.koblenz.de](http://www.gdpbundespolizei.koblenz.de) die Seniorenveranstaltungen des Dreiländerverbundes Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland ein. Interessenten können sich auch in den E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen, damit sie die Informationen schneller und damit aktueller erreichen.

**Reinhold Schuch für den Verbund Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland**

**Stadtführung in München**

**Am 9. Mai 2019 trafen sich Mitglieder der Seniorengruppe der KG Rosenheim am Isartor mit Hans Ibel von der KG München zu einer Altstadtbesichtigung.**

Um 10:30 Uhr begab sich die Gruppe unter Führung von Hans Ibel auf den Fußmarsch durch die Stadt. Dieser führte vom Isartor entlang der alten Stadtmauer, dem Hotel Mandarin Oriental zum Hofbräuhaus am Platzl. Von hier aus ging es zum Max-Joseph-Platz



**Foto: Konrad Besold**

mit Königsdenkmal, Bayerischer Staatsoper und Residenz. Auch hier erfuhren wir durch unseren Kollegen Hans viel Interessantes über die Örtlichkeit, die geschichtsträchtigen Bauten und die darum verlaufenden Straßen. Auf dem Max-Joseph-Platz waren die Vorbereitungen für den Staatsbesuch von Prinz Charles und Herzogin Camilla in vollem Gange. Weiter ging es zum Odeonsplatz mit Feldherrnhalle und Theatinerkirche, zu den Fünfhöfen und dann Richtung Fußgängerzone Kaufinger- und Neuhauserstraße.

Es wurde nun langsam Zeit für die lang ersehnte Mittagspause, für die im Restaurant Plätze reserviert waren. Frisch gestärkt konnten wir den zweiten Teil der Besichtigungstour angehen. Nun ging es weiter bis zum Stachus mit Karlstor, Alte Akademie, Michaels- und Frauenkirche, Marienhof, Neues Rathaus bis zum Marienplatz. Unser Kollege Hans Ibel führte uns professionell durch die Stadt und

vermittelte uns mit seiner kurzweiligen und humorvollen Art viel Wissenswertes über die Sehenswürdigkeiten der Münchner Altstadt. Selbst derjenige, der schon öfter in München war, sah und erfuhr manch Neues, was ihm bisher noch nicht bekannt war. Auch das Wetter spielte mit, denn bis auf zwei kurze und leichte Regenschauer war uns die Sonne hold.

Nach der Stadtführung bis zur Abfahrt des Busses um 17:30 Uhr war noch genügend Zeit für Shopping in der Fußgängerzone, einen Bummel über den Viktualienmarkt oder einen Cafébesuch.

Als Fazit muss festgestellt werden, dass es eine interessante und gelungene Veranstaltung war (zur Nachahmung empfohlen), vor allem Dank der ansprechenden Führung durch unseren Kollegen Hans Ibel, wofür wir ihm recht herzlich danken.

**Siegfried Dienstbeck für die Seniorengruppe der KG Rosenheim**

